

# Regierung will Arzneimittelausgaben um zwei Milliarden Euro kürzen – Ärzte sollen zahlen

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) hat nach Presseberichten ein milliardenschweres Arzneimittel-Sparpaket vorgelegt. Das Paket solle am 1. April 2006 in Kraft treten und den Krankenkassen jährlich ein Einsparvolumen von zwei Milliarden Euro bringen, berichtet die **"Berliner Zeitung"** unter Berufung auf den Gesetzentwurf.

Das Vorgehen Schmidts bei der Erarbeitung des Entwurfs habe für Verstimmung bei der Union gesorgt, schreibt das Blatt. So sei das Papier ohne Konsultationen mit der Union erarbeitet und anschließend an die anderen Kabinettsressorts und betroffenen Verbände verschickt worden. Die Union sei erst anschließend informiert worden. Zudem seien einige Details des Gesetzentwurfs offenbar nicht im Koalitionsvertrag vereinbart.

So wolle Schmidt die Preise für Medikamente nicht nur für zwei Jahre einfrieren, sondern bis Ende 2008. Darüber hinaus dürfe die geplante Anhebung der Mehrwertsteuer dem Gesetz zufolge nicht weitergegeben werden. Das bedeute, dass die Hersteller die Preise sogar senken müssten. Außerdem sollen Ärzte einen Bonus erhalten können, wenn sie wenig verschreiben. Allein zwischen 1. April und 31. Dezember 2006 sollen bei den Festbetragsgruppen 1,125 Milliarden Euro durch "Ausschöpfung von Wirtschaftlichkeitsreserven" eingespart werden, heißt es in dem Gesetzentwurf. Vorgesehen sei folgender Mechanismus: Überschreiten die Kosten für die von einem Arzt verordneten Medikamente einen festgelegten Tagestherapiekostensatz, soll dieser verpflichtet werden, bis zu 50 Prozent der Mehrkosten gegenüber den Krankenkassen auszugleichen. Umgekehrt erhalten Ärzte einen Bonus, wenn die Ausgaben für die von ihnen verschriebenen Arzneimittel unter dem Tagestherapiekostensatz bleiben.

## Danke Ulla für den "Stoff", aus dem eine Zulassungsrückgabe gemacht wird.

Was hat Ulla, egal ob mit oder ohne Koalitionspartner, noch so alles in den letzten Tagen vorgeschlagen?

- 1. Verbindliche Begrenzung der GOÄ-Honorare auf den 1,7-fachen Satz bei Beihilfeberechtigten = 10% Umsatzverlust**
- 2. Angleichung der Arzthonorare für Kassen- und Privatfälle  
(Verluste zwischen 5 und mehr als 50%)**
- 3. Und heute der neueste Anschlag auf die Ärzte: Arzneimittelregress.  
Ärzte haften für die Morbidität ihrer Patienten.**

Was Facharzt.de in fünf Jahren nicht geschafft hat, was die Freie Ärzteschaft in zwei Jahren nicht geschafft hat, woran schon tausende engagierter Ärzte verzweifelt sind - Ulla hat es innerhalb von einem Monat geschafft: Ärzte zu solidarisieren. Es gibt kaum ein probateres Mittel eine Gruppe zu einigen als Druck von außen auszuüben. Ulla sei Dank.

Derzeit kenne ich kein besser geeignetes Mittel, um den planwirtschaftlichen Wahnsinn des BMG zu entgehen, als die kollektive Zulassungsrückgabe. Viele wichtige Daten dazu habe ich auf <http://www.zulassungsrueckgabe.de> zusammengetragen.

Die kollektive Zulassungsrückgabe wird niemandem geschenkt, dafür muss man schon selbst etwas tun. Aber es lohnt sich. Ein Arzt kann ohne die Gängelung durch das SGB V wieder ganz Arzt sein. Alle Beschränkungen auf die WANZ-Kriterien entfallen, man kann den Patienten die optimale Behandlung geben, die man aus ärztlicher Sicht für geboten hält. Kein Schielen auf die Regresskeule, kein Terminbuch nach "Fallzahl für das Quartal erreicht" - einfach wieder nur Arzt sein.

Welche Anreizwirkungen solch eine Regelung auf die "Wirtschaftssubjekte" hätte, verschweige ich lieber. Sonst würden die Krankenhausdirektoren unmittelbar ins Koma fallen. ;-)

Franz-Josef Müller, Volkswirt  
<http://www.zulassungsrueckgabe.de>